„Der Courier"

Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. S. Ch[illegible]nn, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391

Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

„Und neues Leben blüht aus den Ruinen"...

Seitdem Herr Professor Alfred Rehwinkel in Edmonton im „Courier" (Nr. 12) seinen aufsehenerregenden Artikel über „Das Deutschtum in Westcanada" veröffentlicht hat, ist es in den deutschsprechenden Kreisen des Landes lebendig geworden. Mancher, der schon die Hoffnung auf eine Neubelebung des deutschen Geistes in Canada aufgegeben hatte, wird nun durch die im „Courier" erscheinenden Korrespondenzen aus Saskatchewan und Alberta eines Besseren belehrt. Ueberall werden Stimmen laut, die mit Nachdruck eine gerechte Berücksichtigung der Deutschsprechenden in der Frage der deutschen Muttersprache in der Schule, bei der Besetzung öffentlicher Aemter, bei der Aufstellung von Wahlkandidaten usw. fordern. Andere kämpfen gegen den nationalistischen Fanatismus an, der den deutschsprechenden Canadiern, die sich so große Verdienste um den Westen erworben haben, nicht einmal die Luft zum Leben gönnen wollen. Wieder andere wünschen eine bessere Organisierung des Deutschtums, treten für die Gründung von deutschcanadischen Vereinen ein und sprechen sich für die Einreichung von Petitionen an die Parteien und Regierungen aus. Es ist, kurz gesagt, neuerdings ein sehr lebhaftes Interesse für die Förderung der deutschen kulturellen Güter und für die Durchsetzung einer wirklichen Gleichberechtigung mit den Canadiern anderer Herkunft allgemein wahrzunehmen.

Können die amtlichen Stellen, können die Parteien und Regierungen an diesen Kundgebungen des deutschcanadischen Lebenswillens teilnahmslos und gleichgültig vorübergehen? Oder wäre es nicht vielmehr an der Zeit, daß maßgebende Kreise sich in eindeutiger und klarer Form zu den Forderungen der Deutschsprechenden äußern? Aber das sei von vornherein festgestellt: Mit leeren Versprechungen und mit einigen Schmeicheleien lassen wir uns nicht mehr abspeisen. Da heißt es: Nicht nur den Mund spitzen, sondern pfeifen! Noch zittert in zu vielen unserer Freunde die Erbitterung über die schnöde, undankbare und ungerechte Behandlung nach, die das Deutschtum während der Kriegszeit in diesem Lande über sich ergehen lassen mußte. Noch sind die Wunden nicht vernarbt, die eine Bordenregierung in Ottawa damals aufgerissen hat. Durch die Erfahrungen der Vergangenheit sind die Deutschcanadier mißtrauisch geworden und werden daher in Zukunft nur jenen Glauben schenken, die ihnen nach Charakter und Wirksamkeit als wirklich vertrauenswürdig erscheinen. Wollen die amtlichen Stellen das Vertrauen des Deutschtums in Canada sich wieder gewinnen, so müssen sie mit „fair play", mit ehrlichem Willen und klaren Zusicherungen ihm entgegentreten.

Wir Deutschcanadier aber wollen gerade jetzt mehr als je darauf hinwirken, daß aller unnötige Hader, alle kleinlichen und selbstsüchtigen Interessen, alle persönlichen Verärgerungen, alle Sticheleien und Streitigkeiten aus der Oeffentlichkeit verschwinden, damit wir unserem großen Ziel, das sich in den beiden Worten Muttersprache und Gleichberechtigung ausdrücken läßt, ungehindert zustreben können. Durch Einigkeit zu kultureller Freiheit des Deutschtums in Canada!

Tod eines großen Staatsmannes

Der Schwede Hjalmar Branting gestorben.

Der frühere sozialistische Ministerpräsident Schwedens, Hjalmar Branting, ist gestorben. Er war dreimal an der Spitze der schwedischen Regierung gestanden und wurde in Schweden und im Ausland als einer der hervorragendsten Staatsmänner der Gegenwart angesehen. Branting erkrankte Mitte Dezember an Lungenentzündung und als man wähnte, daß er sich auf dem Wege der Genesung befinde, setzte eine Aderentzündung am linken Bein ein. In der zweiten Hälfte des vorigen Monats verschlimmerte sich sein Zustand, so daß er am 24. Januar genötigt war, von seinem Amt zurückzutreten. Sein Nachfolger wurde der Sozialist Sandler. Branting verblieb als Minister ohne Portefeuille in dem neuen Kabinett.

Branting, der am 23. November 1860 in Stockholm geboren wurde, war der Sohn des Professors L. G. Branting. Er widmete sich auf der Universität in Upsala dem Studium der Naturwissenschaften. Auf einer Auslandsreise kam er anfangs der achtziger Jahre zum ersten Male mit dem Sozialismus in Berührung und wurde ein eifriger Jünger der Sozialdemokratie. Nach seiner Rückkehr nach Schweden trat er sofort in das politische Leben ein und war Schriftleiter der „Tiden" und später des „Sozialdemokraten".

Einmal wurde Schriftleiter Dr. Branting wegen scharfer Kritik der Regierung zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Er spielte in allen Konventen der Ersten Internationale eine hervorragende Rolle und in dem im Sommer des Jahres 1917 nach Stockholm einberufenen Konvent der sozialistischen Parteien nahezu aller am Weltkriege beteiligten Länder war Dr. Branting der Obmann der holländisch-skandinavischen Delegation.

Während der Pariser Freidenskonferenz trat er für einen Frieden auf Grundlage der 14 Punkte Wilsons ein. Als Delegat des schwedischen Königreiches zu dem neu gegründeten Völkerbund nahm er an allen Konferenzen der Liga teil und war insbesondere an der Abrüstungsbewegung stark interessiert. Wegen seiner Verdienste um die Sache des Friedens wurde ihm zugleich mit Christian L. Lang von Norwegen, dem Sekretär der Internationalen Union, im Jahre 1921 der Nobelpreis zuerkannt.

1917 trat Dr. Branting in das Eden-Kabinett als Finanzminister ein, resignierte aber im Jahre 1918 und nach dem Sturz der Eden-Regierung im Jahre 1920 wurde er der erste sozialistische Ministerpräsident Schwedens. Sein Kabinett hielt sich jedoch nur sieben Monate, aber nach den Herbstwahlen des Jahres 1921, in denen die Sozialisten siegreich waren, bildete er ein neues Kabinett, in dem er außer den Amtspflichten des Premiers auch das Portefeuille des Außenministers übernahm. Im April 1923 resignierte Branting, nachdem das obere Haus des Parlaments der Regierung die verlangte staatliche Arbeitslosenunterstützung verweigert hatte. Das nächste Kabinett blieb bis Oktober 1924 im Amt und nach dessen Rücktritt trat Dr. Branting zum dritten Male an die Spitze der Regierung.

Weltumschau

Deutschland.

Präsident Ebert mußte sich einer Blinddarmoperation unterziehen. Während der Krankheit des Präsidenten wird Reichskanzler Dr. Luther als stellvertretender Reichspräsident fungieren, wie das in der Verfassung für einen derartigen Fall vorgesehen ist. Präsident Ebert ist von der Blinddarmentzündung und einer Entzündung der Gallenkanäle plötzlich und dabei so heftig befallen worden, daß sich die Operation als unbedingt nötig erwiesen hat. Professor Bier von der Berliner Universität wurde dazu ausersehen, sie zu vollziehen. Inbezug auf den Ausgang der Krankheit gibt man sich Besorgnissen hin, weil der Präsident schon 14 Tage lang an Gallensteinen litt und seine Nerven infolge der Aufregung, welche durch den Magdeburger Prozeß und die Barmat-Skandale hervorgerufen wurde, schwer mitgenommen waren.

Die vor einem Jahr erfolgte Gründung des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold" wurde in Magdeburg mit einer großen Demonstration gefeiert, durch welche die Stärke der republikanisch gesinnten Leute dem ganzen Reich vor Augen geführt werden sollte. Die Vereinigung „Reichsbanner" wurde seinerzeit gegründet, um den Monarchisten das Gegengewicht zu bieten und eine Organisation zu schaffen, welche jederzeit zur Verteidigung der Republik bereit sein soll. An der Feier beteiligten sich nicht weniger als 150,000 Menschen, die aus allen Teilen Deutschlands zusammengeströmt waren und sich in einem imposanten Zug durch die Straßen bewegten. Voran zog eine Musikkapelle von 1000 Mann, die patriotische Weisen spielten, die Demonstranten sangen republikanische Kampflieder, die Bevölkerung jubelte ihnen zu, und von allen Gebäuden wehten die Farben der Republik. Der Umzug bewegte sich nach dem Domplatz, wo der Präsident des Reichstags, Paul Loebe, der frühere Kanzler Dr. Wirth, der Präsident des Reichsbanners, Horsing, und andere hervorragende Personen Ansprachen hielten. Mit brausendem Jubel wurde die Mitteilung Wirths vernommen, daß die Vereinigung jetzt, ein Jahr nach der Gründung, schon über 3,000,000 Mitglieder zähle, die große Mehrzahl davon Veteranen aus dem Weltkrieg, und als er die Zuhörer aufforderte, den Eid auf den Schutz der Republik gegen alle Feinde von innen und von außen zu leisten, stimmten alle begeistert ein. Ihren Höhepunkt erreichte die Demonstration, als die Grenzpfosten, welche die einzelnen deutschen Länder von einander trennen, auf einen Scheiterhaufen geworfen und verbrannt wurden, zum Zeichen, daß alle Trennungen fallen und Deutschland nunmehr eine einzige große starke Republik sein soll. Der letzte Grenzpfosten, der auf den Scheiterhaufen geworfen wurde, war der von Oesterreich, worauf Dr. Deutsch, ein Mitglied des österreichischen Nationalrats, die Rednertribüne bestieg und erklärte, daß das Volk Deutschlands und das Volk Oesterreichs niemals ruhen würden, bis die Vereinigung beider Republiken vollzogen worden sei. Dieses Wort wurde mit ungeheurem Beifall begrüßt. Unter denen, welche sich an der Demonstration beteiligten, befanden sich auch General von Schoenaich, der durch den Weltkrieg zum überzeugten Pazifisten geworden ist, Graf von Keßler, der sich wiederholt an den Debatten von Williamstown, Mass., beteiligt hat, und eine ganze Anzahl von führenden Politikern, die sich aus Ueberzeugung zur Republik bekennen.

Ein neuer Steuerentwurf des Reichsfinanzministeriums ist ausgearbeitet und soll demnächst dem Reichstag vorgelegt werden; nach diesem Entwurf, der im Jahre 1926 in Kraft treten soll, würden Reichsangehörige und in Deutschland ansässige Ausländer in gleicher Weise besteuert. Einkommen bis zu 8000, bisher 4000 Mark jährlich, sollen mit 10 Prozent versteuert werden; die Steuer steigt auf 30 Prozent bei 50,000 Mark Einkommen und soll bei noch höherem Einkommen ein Drittel desselben nicht übersteigen. Korporationen sollen künftig 20 Prozent Steuer auf ihr Einkommen bezahlen, nebst einem Zuschlag von 10 Prozent für Reingewinn. Die Erbschaftssteuer soll für direkte Erben 15 bis 50 Prozent betragen, auf Vermächtnisse 15 bis 60 Prozent. Die Steuer auf einheimische Industrie-Obligationen wird von 3 auf 2, die auf ausländische von 5 auf 4 Prozent herabgesetzt, die Steuer auf Wechsel auf die Hälfte, die auf Landbewerb von 4 auf 3 Prozent ermäßigt.

Der Verband der Gewerkschaften hat Protest erhoben gegen diesen Steuerentwurf, den er als „skandalöse Begünstigung der besitzenden Klassen" bezeichnet. Er erinnert daran, daß in dem Bericht des Dawes-Ausschusses seinerzeit darauf hingewiesen worden sei, die reicheren Klassen in Deutschland würden nicht genügend besteuert. Die Gewerkschaften bestehen darauf, daß die Steuerpolitik des Reiches sich nach den Bedürfnissen der großen Masse des Volkes richten müsse.

Durch den Dawes-Plan, der am 1. März 6 Monate lang in Kraft sein wird, wurden den Alliierten bis zum 31. Januar etwa 280 Millionen Goldmark ausbezahlt. Generalagent Gilbert für Entschädigungen macht die Zahlen bekannt. Die Kommission hat noch 13 Millionen Goldmark in der Bank. Fast alles bisherige Geld von der Dawes-Anleihe wurde in Amerika aufgebracht. Die Untersuchung deutscher Bewaffnung durch die alliierte Kontrollkommission, eben zum Abschluß gebracht, kostete 6 Millionen Mark oder anderthalb Millionen Dollars. Die Geschäftsstelle des Generalagenten Gilbert selbst kostet nahezu 300,000 Mark im Monat.

In runden Zahlen waren die unter den Alliierten Ländern verteilten Zahlungen: Großbritannien 19,359,465 Goldmark; Frankreich 47,275,636; Italien 8,958,938; Belgien 9,334,886; Japan 399,297; Jugoslawien 2,076,762; Portugal 724,894; Rumänien 340,714; Griechenland 684,122.

Direkter drahtloser Dienst zwischen Deutschland und holländisch Ostindien ist hergestellt worden. Die Funksprüche werden auf einer 1800 Meter Welle von Nauen aus einer Station in Java übermittelt.

Oesterreich.

Helmuth Neumann, Direktor der Wöllersdorfer Munitionsfabrik während des Krieges, ist unter der Anklage, Material-Verschwendung in einer Höhe von 400,000 Millionen Kronen verursacht zu haben, verhaftet worden.

Während des Krieges beschäftigte die Fabrik 45,000 Personen und nach dem Waffenstillstand wurde sie von der österreichischen Regierung an die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft von Berlin und darauf an ein deutsches Syndikat verpachtet, dessen Geschäftsführer Herr Sklarz, ein Schwager Neumann's, war. Unter dessen Verwaltung soll eine heillose Vergeudung stattgefunden haben. Neumann wurde gegen fünf Milliarden Kronen Bürgschaft auf freien Fuß gesetzt.

England.

Die Schlußabrechnung über die britische Reichsausstellung zu Wembley, die soeben veröffentlicht wird, ergibt ein Defizit von 1,950,000 Pfund Sterling, wovon über die Hälfte von privater Seite garantiert ist. Die Regierung soll nun ersucht werden, für 1,100,000 Pfund aufzukommen und die nächstjährige Garantie zu übernehmen. Die Gesamtausgaben werden zu 3,900,000 Pfund angegeben, denen Gesamteinnahmen in einer Höhe von 2,100,000 Pfund gegenüberstehen. Für Vergnügungs-Steuern waren 150,000 Pfund zu erlegen.

Rumänien.

Man erfährt, daß die rumänische Kabinettssitzung, die sich mit der Streitfrage mit Deutschland beschäftigen sollte, in einen heftigen Streit zwischen dem Außenminister Duca und dem Finanzminister Bratiano ausartete, ohne daß die vorliegende Frage zum Austrage gekommen wäre. Bratiano warf dem Außenminister vor, daß sein Departement unfähig verwaltet würde und reorganisiert werden sollte. Duca erwiderte darauf, daß am allerwenigsten der Finanzminister derartiges behaupten solle, worauf man in großem Zorn auseinander ging.

Frankreich.

In der Frage, wie die Alliierten in der Angelegenheit der Räumung der besetzten Gebiete vorgehen sollen, hat sich eine Meinungsverschiedenheit zwischen der britischen und der französischen Regierung herausgestellt. Erstere verlangt, daß Deutschland zu einer alliierten Konferenz, die zur Besprechung des Schlußberichtes der interalliierten Kontrollkommission und des Gutachtens des alliierten Kriegskomitees einzuberufen wäre, eingeladen werden sollte. Die französische Regierung verweigert von vornherein die Beteiligung an einer Konferenz, in der die Deutschen zugegen sein würden und verlangt, daß die Frage der Räumung der besetzten Gebiete zusammen mit dem Problem der Sicherheit Frankreichs in Erwägung gezogen werden soll.

Die französische Regierung nimmt den Standpunkt ein, daß die interalliierte Konferenz, die die Frage der Räumung des Kölner Brückenkopfes, der deutschen geheimen Rüstungen und anderer Angelegenheiten regeln soll, erst nach einer vollständigen Uebereinstimmung zwischen London und Paris hinsichtlich der Behandlung aller dieser Probleme abgehalten werden sollte. Vorläufig soll aber erst die Vorlage des Gutachtens des alliierten Kriegskomitees an den Botschafterrat und die verschiedenen Regierungen abgewartet werden. Hierauf sollten die Botschafter den Schlußbericht der Kontrollkommission und des Gutachtens des Kriegskomitees studieren und darüber Beschlüsse fassen. Erst dann sollte der Frage einer interalliierten Konferenz näher getreten werden. Aber auf jeden Fall opponiert die französische Regierung dem Plan, die Deutschen zu einer solchen Konferenz einzuladen.

In amtlichen französischen Kreisen wird erklärt, daß man mit Deutschland nichts zu besprechen habe als seine Vertragsverletzungen und die Alliierten müssen entscheiden, was sie zu tun gedenken, um Deutschland zur Durchführung aller Vertragsbestimmungen anzuhalten. Infolgedessen liege keine Veranlassung vor, Deutschland zu der Konferenz zuzuziehen.

Die Grundlage für einen Handelsvertrag zwischen Frankreich und Deutschland wurde durch Trendelnburg, den Leiter der deutschen Verhandlungen, und Handelsminister Raynaldy gelegt. Das Einvernehmen stützt sich auf wechselseitige Zugeständnisse beim Mindestzoll auf besondere Artikel an welchen die beiden Länder stark interessiert sind. Man fürchtet aber, daß die deutsche Abordnung die Anweisungen ihrer Regierung überschritten hat.

Senator Berenger als Budget-Referent unterbreitete dem Senat die Budget-Ziffern für 1924, welche das Parlament zu ratifizieren hat. In der Zusammenstellung ist der endgültige Betrag der Ausgaben auf 32,319,000,000 Francs festgesetzt, während die Einnahmen auf 28,572,000,000 Francs berechnet sind. Demnach ergibt sich ein Defizit von über drei Milliarden.

Ein Polizeiaufgebot von 1000 Mann unternahm in Marseille in verschiedenen Teilen der Stadt einen gewaltigen Säuberungsprozeß. Das Ergebnis der Massenrazzia war die Verhaftung von 5236 Personen, unter diesen 2330 Ausländer. Das Vorgehen der Ordnungsbehörden erfolgte, um die Stadt von unruhigen Volkselementen zu befreien, die für den kürzlichen Zusammenstoß zwischen der Katholischen Partei General de Castelnaus und Kommunisten und den dabei verursachten Verlust von drei Menschenleben verantwortlich gehalten werden. Das Bestreben der Behörden ist, eine Wiederholung der Unruhen gelegentlich des angekündigten Besuches des früheren Präsidenten Millerand, der hier am 1. März eine Ansprache an die „Patrioten-Liga" halten will, zu verhüten. Verhaftet wurden 662 Personen, die keine Identifizierungskarten vorweisen konnten. Zum weiteren Verfahren wurden 163 Arrestanten festgehalten wegen Nichterfüllung der Vorschriften für Ausländer. Auf die Anschuldigung des verbotenen Waffentragens wurden 235 Personen ins Gefängnis abgeführt und drei Verhaftete, deren Ausweisung schon früher angeordnet war, wurden sofort an die Grenze abgeschoben. Die anderen Arrestanten wurden freigelassen, nachdem man sie als verdächtige Personen registriert hatte.

Rußland.

General W. Frunze, der Nachfolger Leon Trotzkis als Sowjet-Kriegsminister appellierte an das russische Volk in seiner Antrittsrede an das Heer, bereit zu sein, mögliche Angriffe auswärtiger Feinde abzuwehren.

„Die rote Armee", meinte er, „muß sich der Lage voll bewußt sein. Sie sollte wissen, daß ein bewaffneter Zusammenstoß mit den Feinden Sowjet-Rußlands ihr bevorsteht. Wir müssen zusehen, daß nicht nur unsere rote Armee für dieses Ereignis vorbereitet ist, sondern auch unser Land hinter der Front. Unser Heer ist im Vergleich mit der Stärke der großen feindlichen Armeen, mit denen wir zu rechnen haben, zu klein. Wir müssen uns hinter der Front vorbereiten, um in einem viel größeren Umfange als je zuvor Hilfstruppen heranzuziehen. Es sollte größere Sorgfalt darauf verwendet werden, die Massen der Arbeiter auf den Zukunftskrieg vorzubereiten, ganz besonders in bezug auf Aviatik und Chemie."

General Frunze empfahl dringend die Gründung von Klubs der roten Armee in jeder großen Stadt, die als Quelle der Belehrung und der Verbreitung militärischer Kenntnisse dienen sollen.

„Während wir auf einen friedlichen wirtschaftlichen Wiederaufbau unseres Landes hinarbeiten, müssen wir zur selben Zeit unserer militärischen Aufgabe stets eingedenk sein, damit wir, wenn die Not an uns herantritt, in möglichst kurzer Zeit vom Friedenszustande in einen Zustand militärischer Rüstung übergehen können. Es ist absolut nötig, eine solche Defensive zur Hand zu haben, damit die vereinigten Streitkräfte des Imperialismus der Welt keine stetige Bedrohung von Sowjet-Rußland bilden."

Der oberste Wirtschaftsrat hat beim Moskauer Kreisgericht ein Verfahren angestrengt zur Nichtigerklärung der Sinclair-Oelkonzessionen in Sachalin. Das Verfahren wird damit begründet, daß die amerikanische Gesellschaft die Kontraktbedingungen nicht eingehalten habe. Unter anderem wird hierbei erklärt, die amerikanische Gesellschaft habe versäumt, in einer gewissen festgesetzten Zeit gewisse Geldsummen für Entwicklungszwecke aufzuwenden. Der Fall soll am 11. März zur Verhandlung kommen.

Bulgarien.

Zwei Banden ausgewiesener bulgarischer Kommunisten überschritten in der Nähe von [illegible] die serbische Grenze und überfielen mehrere bulgarische Dörfer. Fünf Mitglieder einer Bande wurden gefangen genommen und die übrigen bei den Kämpfen getötet. Einer der erschossenen Kommunisten wurde als ein früherer Polizeihauptmann Sofias identifiziert. Er war während der Regierung Stambulijski's im Dienst. Innenminister Russow teilt mit, daß die Existenz einer [illegible] Tscheka in Sofia entdeckt wurde und daß [illegible] Regierungsbeamte mit den Kommunisten in Verbindung stehen. Mit der Verschwörung sollen acht Offiziere, darunter Oberstleutnant [illegible], verwickelt sein. Vierzig Verhaftungen wurden vorgenommen. In einem Feldzug gegen die kommunistischen Agitatoren verfügte die Regierung die Todesstrafe für alle Personen, welche der Beteiligung an politischen Morden schuldig befunden sind. Jeder Staatsbeamte mit kommunistischen Neigungen wird entlassen.

Große Bewegung erregt hier eine Erklärung der Moskauer Sonntagszeitung „Isvestija", daß von der Dritten Internationale [illegible] Millionen Goldrubel nach den Balkanländern geschickt wurden, um für das kommende Frühjahr einen „Aufstand gegen die Bourgeoisie" anzuzetteln. Bulgarien und [illegible] sollen nach den Angaben der genannten Zeitung das Zentrum der Unruhen werden. Ein anderes beunruhigendes Moment ist die Tatsache, daß Belgrader Zeitungen übertriebene Meldungen [illegible] Unruhen in Bulgarien bringen.

Das bulgarische Außenamt gibt in dieser Angelegenheit folgende Erklärung ab: „Die [illegible] in Bulgarien sind zum größten Teil auf ausländische Agitation zurückzuführen. Die Regierung sucht mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die normalen Verhältnisse wieder herzustellen, doch gewisse ausländische Kreise bemühen sich, die Bemühungen der bulgarischen Regierung in dieser Richtung zu durchkreuzen. Trotz der unter dem Friedensvertrag durchgeführten Abrüstung ist die Regierung jedoch imstande zu sein, die Ordnung herzustellen."

Nach amtlichen Berichten sind, wie das [illegible], Ueberfälle auf bulgarisches Gebiet vom serbischen Territorium aus an 20 verschiedenen Punkten geplant, ähnlich jenen, die im Oktober und November v. J. und vor einigen Tagen verübt wurden. An dem letzten Grenzüberfall sollen 340 ausgewiesene Bulgaren beteiligt gewesen sein, die von der serbischen Regierung bekleidet und ausgerüstet waren. Die Belgrader Regierung soll das Unternehmen auch finanziert haben. Allen wegen politischer Verbrechen ausgewiesenen Bulgaren ist ihre Strafe durch eine Amnestie des Parlaments nachgesehen worden, sie weigern sich aber, aus Serbien nach Bulgarien zurückzukehren.

Finnland.

Obgleich die letzte in Helsingfors abgehaltene Konferenz der Außenminister der baltischen Randstaaten keine baltische Entente zustande brachte oder in einem förmlichen Bündnisse resultierte, das den Zweck hatte, die Randstaaten gegen einen allfälligen Angriff seitens der Bolschewisten zu schützen, konnten doch während der Verhandlungen verschiedene Anzeichen wahrgenommen werden, die auf eine allmähliche Annäherung jener Staaten, die aus dem aufgelösten Zarenreich entstanden sind, schließen lassen. Die zahlreichen Konferenzen der baltischen Randstaaten, die in den vergangenen Jahren durchschnittlich alle sechs Monate abgehalten wurden, führten deshalb zu keinem Resultat, weil der Gegensatz zwischen Litauen und Polen unüberbrückbar schien und weil die Furcht der kleinen Bauernstaaten, durch Polen der französischen Politik vorgespannt zu werden, den Zusammenschluß dieser Staatengebilde zu einem mehr oder minder festgefügten Verbande verhinderte.

Ver. Staaten.

Bei der Konferenz von Delegaten zu dem Konvent der Progressiven in Chicago erklärten die Führer von 36 Arbeiterorganisationen unter Widerspruch von einem einzigen Delegaten, der Bildung einer neuen politischen Partei opponieren zu wollen. Unter diesen 36 Organisationen sind drei der vier großen Bruderschaften der Eisenbahner und das Eisenbahnerdepartement der American Federation of Labor vertreten.

Ein siebengliedriges Komitee, das von den Progressiven ernannt wurde, hat schon beschlossen, den Plan des Senators La Follette zur Organisierung einer neuen politischen Partei anzunehmen. Ein Name für die neue Partei wird später gewählt werden. Die 36 Arbeiterorganisationen, die der Konferenz für progressive politische Aktion angehören, waren in dem Gründungskomitee nicht vertreten. Für die Annahme des Planes zur Gründung einer neuen Partei stimmten sechs der sieben Komiteemitglieder.

Die Arbeit ist der beste Arzt für den Schmerz. In Kummer, [illegible] Entmutigung arbeite angestrengt, und du wirst es selbst erfahren.

Max Müller-Erfurt.

— Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an! Hier sind die starken Wurzeln deiner Kraft.

Schiller.

Weitere russische Bauernhilfe

Moskau, 23. Febr. — Die Sowjet-Regierung hat eine weitere Summe von 7,500,000 Goldrubel dazu ausgeworfen, Getreide für Zwecke des Nachsäens in Distrikten, wo die Wintersaat wegen abnormer Witterungsverhältnisse nicht aufging, anzukaufen. 3,000,000 Goldrubel waren bereits für diesen Zweck angewiesen worden. Die Regierung, welche sich der Gefahr, daß dieses Getreide in den von der Hungersnot heimgesuchten Distrikten als Nahrungsmittel verwendet werden könnte, wohl bewußt ist, hat außerdem 3,000,000 Goldrubel für Eßwaren angewiesen. Im ganzen sind bisher mehr als 100 Millionen Goldrubel zur Abhilfe der Notlage bewilligt worden.

Vom Müllerburschen zum berühmten Professor.

„Der Nachfolger des großen deutschen Gelehrten Max F. Müller auf dem Lehrstuhl der vergleichenden Sprachwissenschaften in Oxford, England, Prof. Joseph Wright, hat jetzt sein 70. Lebensjahr vollendet, und aus diesem Anlaß erzählen englische Blätter den Lebensroman des großen Gelehrten, der bei Ausbruch des deutsch-französischen Krieges von 1870 als 15jähriger Bursche weder lesen noch schreiben konnte. Heute ist dieser Analphabet ein hervorragender Sprachforscher, der zahlreiche Sprachen, darunter Französisch, Griechisch, Lateinisch, Sanskrit, Deutsch, die altgermanischen und keltischen Sprachen usw. beherrscht. Er ist niemals in seinem Leben in der Schule gewesen und verbrachte seine Jugend in einer kleinen Hütte bei Thackley in der Nähe von Bradford, wo seine verwitwete Mutter sich mit ihren vier Söhnen sehr ärmlich durchschlug. Schon mit sechs Jahren war der künftige Gelehrte der Kutscher eines Eselkarrens, der in den benachbarten Steinbrüchen verwendet wurde. Dann wurde er bei einem Müller in die Lehre gegeben, bei dem er bei einem Lohn von 3.50 Mk. die Woche bis zu seinem 15. Jahre blieb. Der deutsch-französische Krieg brachte eine Wendung in seinem Leben. „Ich erinnere mich noch," erzählt Wright, „wie aufgeregt die Leute damals waren und wie sie auf die Zeitungen stürzten, um die Neuigkeiten vom Kriegsschauplatz zu erfahren. Da ich mir alles nur erzählen lassen konnte, so beschloß ich, selbst lesen zu lernen, und ich brachte es mir ohne jeden Lehrer bei." Der junge Müllerbursche zeigte so große Geistesgaben, daß man sich für ihn interessierte und ihm ein Stipendium zum Studium in Oxford verschaffte. Als er die dafür ausgesetzten 300 M. das Jahr erhielt, fühlte er sich, wie er selbst sagt, „als der reichste Mann der Welt." Er hatte zunächst die größte Vorliebe für Mathematik, widmete sich aber dann immer mehr Sprachstudien, und seine Kenntnis des Dialektes von Thackley, den er in seiner Jugend gesprochen hatte, kam ihm bei seinen Forschungen zustatten. „Ich habe mich mit sehr vielen Sprachen beschäftigt," erklärte er bescheiden, „aber ich möchte nicht sagen, daß ich sie wirklich kenne. Die einzige Sprache, die ich von Grund auf beherrsche, ist mein Heimatdialekt." Das wichtigste Werk Wrights ist das „Wörterbuch der englischen Dialekte", an dem er 10 Jahre zusammen mit seiner Frau gearbeitet hat.

Die Wutkrankheit des Wasenmeisters

Aus Temesvar wird geschrieben: Vor neun Wochen wurde der 56jährige Diener der städtischen Wasenmeisterei Peter Strauch von einem wütenden Hund gebissen. Da Strauch aber schon mehrere Male in Ausübung seines Berufes von wütenden Hunden überfallen worden war und auch schon öfter im Pasteurinstitut in Klausenburg behandelt wurde, glaubte er, er sei gegen Wutgift immun und trotz des Zuredens seiner Freunde ließ er sich nicht bewegen, auch diesmal nach Klausenburg zu fahren. Er hat es schwer gebüßt. Neun Wochen nach dem verhängnisvollen Hundebiß kam die Krankheit plötzlich zum Ausbruch. Strauch gebärdete sich wie ein Wahnsinniger, der Schaum trat ihm aus dem schrecklich verzerrten Munde und in seiner Raserei biß er sich selber mehrere Male in die Hand. Einige beherzte Kollegen sprangen mutig auf ihn zu, warfen ihm eine Decke über den Kopf und konnten ihn so unschädlich machen, nachdem sie ihn gefesselt haben.

— Sich unglücklich fühlen, ist das Schlimmste nicht. Denn bei sich selbst gibt man die Hoffnung nicht leicht auf. Wohl aber bei anderen. Andere mit ins Unglück reißen, das kann den fühlenden Menschen zum Wahnsinn treiben.

Reichsmarks

Diese Bank kann jetzt Drafts und Money-Orders an Deutschland ausstellen — zahlbar in Reichsmark. Wir können auch Geld senden nach Oesterreich, Bulgarien, Czecho-Slowakei, Rumänien und anderen überseeischen Ländern.

Senden Sie uns den Betrag den Sie übersenden wollen und wir werden den Draft mit Rückpost zusenden.

IMPERIAL BANK OF CANADA

W. L. Gilliland, Manager — Regina Zweigstelle.